

A	STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	3
A.1	Landratsamt Sigmaringen – FB Umwelt und Arbeitsschutz	3
A.2	Landratsamt Sigmaringen – FB Straßenbau	5
A.3	Landratsamt Sigmaringen – FB Straßenbauprojekt	5
A.4	Landratsamt Sigmaringen – FB Baurecht	5
A.5	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 9 Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	6
A.6	Regierungspräsidium Tübingen – Ref. 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz	8
A.7	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege	8
A.8	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	9
A.9	Deutsche Telekom Technik GmbH	9
A.10	<i>Deutsche Telekom Technik GmbH</i>	10
A.11	terranets bw GmbH	10
A.12	Autorisierte Stelle Digitalfunk-Baden-Württemberg (ASDBW)	11
A.13	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	11
A.14	<i>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr</i>	11
B	KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	12
B.1	Landratsamt Sigmaringen – FB Landwirtschaft	12
B.2	Landratsamt Sigmaringen – FB Forst	12
B.3	Landratsamt Sigmaringen – FB Recht und Ordnung - Straßenverkehrsbehörde	12
B.4	Landratsamt Sigmaringen – FB Vermessung und Flurneuordnung	12
B.5	Landratsamt Sigmaringen – FB Abfallwirtschaft	12
B.6	Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	12
B.7	Netze BW GmbH	12
B.8	Amprion GmbH	12
B.9	Gemeindeverwaltungsverband Altshausen	12
B.10	Regierungspräsidium Stuttgart – Ref. 46.2 Zivile Luftfahrtbehörde	12
B.11	Handelsverband Baden-Württemberg	12
B.12	unitymedia GmbH	12
B.13	Vodafone GmbH	12
B.14	Landesnatschutzverband BW	12
B.15	BLS-Breitbandversorgungsgesellschaft im südlichen Landkreis Sigmaringen mbH	12
B.16	BUND Naturschutzzentrum	12
B.17	NaBu Landesverband Baden-Württemberg	12
B.18	NetComBW	12
B.19	Netze Gesellschaft Südwest GmbH	12
B.20	Polizeipräsidium Ravensburg	12
B.21	Zweckverband WV Königsegg	12
B.22	Gemeinde Hohentengen	12
B.23	Gemeinde Illmensee	12
B.24	Gemeinde Königseggwald	12
B.25	Gemeinde Krauchenwies	12
B.26	Gemeinde Riedhausen	12
B.27	Gemeinde Wilhelmsdorf	12
B.28	Stadt Bad Saulgau	12

Abwägung der Stellungnahmen aus der Offenlage

Seite 2 von 13

B.29	Stadt Mengen.....	13
B.30	Stadt Pfullendorf.....	13
B.31	Gemeindeverwaltungsverband Mengen	13
C	PRIVATE STELLUNGNAHMEN AUS DER ÖFFENTLICHKEIT	13

A STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.1	Landratsamt Sigmaringen – FB Umwelt und Arbeitsschutz (gemeinsames Schreiben vom 12.07.2022)	
A.1.1	Der Planung wird unter Beachtung folgender Auflagen und Hinweise zugestimmt. Umweltrechtliche Vorgaben können durch Einhaltung der u. g. Auflagen überwunden werden.	Dies wird zur Kenntnis.
	WASSERRECHT	
A.1.2	Wasserversorgung Die Trinkwasserversorgung kann durch den Anschluss an das örtliche Versorgungsnetz erfolgen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.3	Abwasserbeseitigung <u>Kommunales- und gewerbliches Abwasser</u> Festsetzungen zur Abwasserbeseitigung (Schmutzwasser und Niederschlagswasser) sind auf Bebauungsplanebene zu treffen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.4	Grundwasserschutz Das relevante Gebiet befindet sich außerhalb der rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzgebiete. Sollte Grundwasser angetroffen werden, ist sofort der Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz zu benachrichtigen. Einer dauerhaften Grundwasserabsenkung kann nicht zugestimmt werden.	Dies wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis ist in den Bebauungsvorschriften des parallel aufzustellenden Bebauungsplans zu finden.
	BODENSCHUTZ	
A.1.5	Keine weiteren Anmerkungen. Weitere Hinweise oder Anmerkungen ergehen dann auf Ebene des Bebauungsplans.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
	ABFALL	
A.1.6	Anfallende Bauabfälle, Bauschutt und Abbruchmaterial müssen getrennt gesammelt und einer Verwertung zugeführt bzw. als Abfall entsorgt werden.	Dies wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis ist in den Bebauungsvorschriften des parallel aufzustellenden Bebauungsplans zu finden.
A.1.7	Bei der Verwertung von mineralischen Reststoffen sind die Anforderungen der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial vom 14.03.2007 bzw. die vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr	Dies wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis ist in den Bebauungsvorschriften des parallel aufzustellenden Bebauungsplans zu finden.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	Baden-Württemberg vom 13.04.2004 einzuhalten	
A.1.8	Bei der Verwertung von humosem Bodenmaterial in der durchwurzelbaren Bodenschicht oder als Oberboden ist die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) anzuwenden.	Dies wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis ist in den Bebauungsvorschriften des parallel aufzustellenden Bebauungsplans zu finden.
IMMISSIONSSCHUTZ		
A.1.9	<p>Die von der unteren Immissionsschutzbehörde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung angesprochenen Umweltbelange zu den Themen Schall und Gerüche wurden in die weitere Planung sowie in die Abwägung einbezogen.</p> <p>Im Bebauungsplanverfahren wurde zur Begrenzung der Schallimmissionen eine Schallkontingentierung vorgenommen.</p> <p>Bezüglich Geruchsimmissionen wurde die Planung dergestalt angepasst, dass im nordwestlichen Bereich des Plangebietes, wo Geruchsimmissionen von mehr als 15 % der Jahresstunden zu erwarten sind, eine Grünfläche für naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen sowie ein Parkplatz eingeplant bzw. vorgesehen sind.</p> <p>Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die punktuelle Flächennutzungsplanänderung „GE Weidenhalden II“.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.
NATURSCHUTZ		
A.1.10	Zur Planung sind aus naturschutzfachlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.11	<p>Hinweise:</p> <p>Aufgrund von höchstrichterlicher Entscheidung (VGH Mannheim, Urteil vom 12.06.2012, Nr. 8 S 1337/10, bestätigt durch das Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 18.07.2012, Nr. 4 CN 3.12) sind folgende Positionen im Bauleitplanverfahren zu beachten: § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB verpflichtet die Gemeinden, die in den vorgenannten Stellungnahmen und Unterlagen behandelten Umweltthemen nach Themenblöcken zusammenzufassen und diese in der Auslegungsbekanntmachung schlagwortartig zu charakterisieren. Erforderlich ist eine Kurzfassung der vorhandenen Informationen. Das Bekanntmachungserfordernis erstreckt sich auch auf solche Arten verfügbarer</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>Umweltinformationen, die in Stellungnahmen enthalten sind, die die Gemeinde für unwesentlich halten und deshalb nicht auszulegen beabsichtigt. Verstöße gegen § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB führen zur Unwirksamkeit des Bebauungsplanes. Ein pauschaler Hinweis auf den anhängenden Umweltbericht sowie eine bloße Auflistung der umweltbezogenen Stellungnahmen genügt diesen Anforderungen nicht. Nach Auffassung der Rechtsprechung ist die zu planende Gemeinde auf der „sicheren Seite“, wenn der Bekanntmachungstext einen zwar stichwortartigen aber vollständigen Überblick über diejenigen Umweltbelange ermöglicht, die aus der Sicht der zum Zeitpunkt der Auslegung vorliegenden Stellungnahmen und Unterlagen in der betreffenden Planung eine Rolle spielen.</p> <p>Die Pflicht einer schlagwortartigen Zusammenfassung und Charakterisierung von Umweltinformationen gilt nur im Regelverfahren. Im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und im beschleunigten Verfahren, in denen von Umweltprüfung und Umweltbericht abgesehen wird, entfällt auch die Pflicht zur Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.</p>	
A.2	Landratsamt Sigmaringen – FB Straßenbau (gemeinsames Schreiben vom 12.07.2022)	
A.2.1	Das Plangebiet liegt an der L 280 außerhalb des straßenrechtlichen Erschließungsbereichs. Die Belange des Fachbereichs Straßenbau sind nicht betroffen. Zur Beurteilung von straßenrechtlichen und straßenbaulichen Belangen ist das Regierungspräsidium Tübingen, Referat 42 anzuhören.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.3	Landratsamt Sigmaringen – FB Straßenbauprojekt (gemeinsames Schreiben vom 12.07.2022)	
A.3.1	Das Plangebiet liegt außerhalb des Untersuchungsraumes zur Planung der B 311 n / B 313 zwischen Meßkirch und Mengen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.4	Landratsamt Sigmaringen – FB Baurecht (gemeinsames Schreiben vom 12.07.2022)	
A.4.1	Dies ist eine koordinierte Stellungnahme der vorgenannten Fachbereiche. Die Angaben wurden auf Plausibilität geprüft. Eine vorweggezogene Abwägung hat nicht stattgefunden. Eine Abarbeitung und	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Die Ergebnismitteilung erfolgt nach Satzungsbeschluss.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>Abwägung im kommunalen Gremium ist zu jeder einzelnen Position notwendig.</p> <p>Ich darf Sie bitten, nach Beratung der öffentlich-rechtlichen Belange dem Fachbereich Baurecht und dem Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz in jedem Fall je ein Abwägungsprotokoll zu übersenden.</p>	
A.5	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 9 Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (Schreiben vom 14.07.2022)	
A.5.1	<p>Geotechnik</p> <p>Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können unter http://maps.lgrb-bw.de/ abgerufen werden.</p> <p>Ingenieurgeologische Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen (z. B. Bebauungspläne) beurteilt, wenn Art und Umfang der Eingriffe in den Untergrund näher bekannt sind. Eine Gefahrenhinweiskarte (insbesondere bezüglich eventueller Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) kann, nach vorheriger - für Kommunen und alle übrigen Träger öffentlicher Belange gebührenfreier - Registrierung, unter http://geo-gefahren.lgrb-bw.de/ abgerufen werden.</p> <p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens "GE Weidenhalden II" hat das LGRB mit Schreiben vom 14.07.2022 (Az. 2511 // 22-02645) zum Planungsbereich folgende ingenieurgeologische Stellungnahme abgegeben:</p> <p><i>Das LGRB weist daraufhin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</i></p> <p><i>Eine Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, wird andernfalls die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan empfohlen:</i></p> <p><i>Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Sedimenten der Kißlegg-Subformation. Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener</i></p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Entsprechende Hinweise wurden in die Bebauungsvorschriften des parallel aufzustellenden Bebauungsplans aufgenommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p><i>Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind, ist zu rechnen.</i></p> <p><i>Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.</i></p> <p><i>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizontes, zum Grundwasser, zur Baugrundsicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</i></p>	
A.5.2	<p>Boden</p> <p>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.5.3	<p>Mineralische Rohstoffe</p> <p>Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.5.4	<p>Grundwasser</p> <p>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein hydrogeologisches Übersichtsgutachten, Detailgutachten oder hydrogeologischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</p> <p>Das Planungsvorhaben liegt nach Kenntnis des LGRB außerhalb von bestehenden oder geplanten Wasserschutzgebieten oder sonstigen relevanten Bereichen sensibler Grundwassernutzungen.</p> <p>Aktuell findet im Planungsbereich keine Bearbeitung des LGRB zu hydrogeologischen Themen statt.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.5.5	<p>Bergbau</p> <p>Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.5.6	Geotopschutz Im Bereich der Planflächen sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.5.7	Allgemeine Hinweise Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.	Dies wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis wurde in die Bebauungsvorschriften des parallel aufzustellenden Bebauungsplans aufgenommen.
A.6	Regierungspräsidium Tübingen – Ref. 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz (Schreiben vom 13.07.2022)	
A.6.1	Belange der Raumordnung Die Bedenken und Anregungen der höheren Raumordnungsbehörde des Regierungspräsidium Tübingen vom 20.09.2021 wurden von der Gemeinde Ostrach im Rahmen der Abwägung hinreichend berücksichtigt. Von Seiten der höheren Raumordnungsbehörde werden daher keine weiteren Anregungen oder Bedenken vorgebracht.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.6.2	Belange des Straßenbaus Das Regierungspräsidium - Abteilung Mobilität, Verkehr, Straßen - erhebt keine Einwendungen gegen die Abwägung der Gemeinde zur vierten punktuellen Änderung des o.g. Flächennutzungsplanes. Das Gewerbegebiet „Weidenhalden II“ befindet sich außerhalb der straßenrechtlichen Ortsdurchfahrt von Ostrach an der L 280. Details werden im parallel zur Änderung des Flächennutzungsplans laufenden Bebauungsplanverfahren abgestimmt.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.7	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege (Schreiben vom 27.06.2022)	
A.7.1	Bau- und Kunstdenkmalpflege: Bezüglich des genannten Verfahrens äußert die Bau- und Kunstdenkmalpflege keine Anregungen oder Bedenken.	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.7.2	<p>Archäologische Denkmalpflege:</p> <p>Im Plangebiet sind nach aktuellem Wissensstand keine Kulturdenkmale bekannt. Wir bitten Sie dennoch, folgenden Hinweis auf die Regelungen der §§ 20 und 27 DSchG in die Planunterlagen aufzunehmen:</p> <p>Sollten bei der Durchführung vorgesehener Erdarbeiten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, ist dies gemäß § 20 DSchG umgehend einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, auffällige Erdverfärbungen, etc.) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen. Ausführende Baufirmen sollten schriftlich in Kenntnis gesetzt werden.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis wurde in die Bebauungsvorschriften des parallel aufzustellenden Bebauungsplans aufgenommen.</p>
A.8	<p>Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (Schreiben vom 13.07.2022)</p>	
A.8.1	<p>Die in unserer Stellungnahme vom 23.08.2021 vorgebrachten Punkte wurden in der vorliegenden Fassung der Begründung zur 4. punktuellen Flächennutzungsplanänderung aufgearbeitet und berücksichtigt. Ein Bedarfsnachweis ist mit der vorliegenden Begründung erbracht, zudem wurden die Möglichkeiten eines Flächentauschs geprüft.</p> <p>Da es sich bei dem geplanten Vorhaben um eine bedarfsgerechte Erweiterung eines bestehenden Gewerbebetriebes handelt, ist der Bedarf an ergänzenden kommunalen, lokal ausgerichteten Gewerbeflächen im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung gem. Plansatz 2.4.1 Z (8) des Regionalplanentwurfs (2021) nachvollziehbar begründet.</p> <p>Der Regionalverband bringt zum oben angeführten Vorhaben daher keine Anregungen und Bedenken vor.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.9	<p>Deutsche Telekom Technik GmbH</p>	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	(Schreiben vom 13.07.2022)	
A.9.1	Zu dem o. g. Bebauungsplan/FNP haben wir im August 2021 bereits Stellung bezogen, siehe auch Anhang. Diese Stellungnahme gilt bis auf weiteres uneingeschränkt.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.10	Deutsche Telekom Technik GmbH (Schreiben vom 30.08.2021)	
A.10.1	<i>Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes haben wir keine Einwände.</i> <i>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind.</i> <i>Zur Versorgung des Neubaugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur durch die Telekom ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien im Plangebiet und eventuell auch außerhalb des Plangebiets erforderlich.</i>	<i>Dies wird im zugehörigen Bebauungsplan berücksichtigt.</i>
A.10.2	<i>Die Telekom prüft nach Ankündigung der Erschließung den Ausbau dieses Neubaugebietes und orientiert sich beim Ausbau an den technischen Entwicklungen und Erfordernissen. Insgesamt werden Investitionen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geplant. Der Ausbau der Deutschen Telekom erfolgt nur dann, wenn dies aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll erscheint oder nach Universaldienstleistungsverpflichtung zwingend ist.</i> <i>Dies bedeutet aber auch, dass wir, wo bereits eine Infrastruktur eines alternativen Anbieters besteht oder geplant ist, nicht automatisch eine zusätzliche, eigene Infrastruktur errichten.</i>	<i>Dies wird zur Kenntnis genommen.</i>
A.10.3	<i>Für einen eventuellen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordination mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens 6 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden. Bitte informieren Sie uns auch über mögliche Mitbewerber im Ausbaubereich.</i> <i>Anlagen: Lageplan Telekomanlagen (Bestand)</i>	<i>Dies wird zur Kenntnis genommen.</i>
A.11	terraneis bw GmbH (Schreiben vom 07.06.2022)	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.11.1	<p>Wir bedanken uns für die Beteiligung an der oben genannten Änderung des Flächennutzungsplanes und teilen Ihnen mit, dass Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens von der Änderung (gilt nur für rot markierte Bereiche) nicht betroffen sind.</p> <p>Im räumlichen Geltungsbereich des gesamten FNP liegen Anlagen der terranets bw GmbH.</p> <p>Sollten der räumliche Geltungsbereich geändert werden und sonstige Auswirkungen auf die Anlagen der terranets bw GmbH nicht auszuschließen sein, bitten wir um erneute Beteiligung.</p> <p>Um eine schnellstmögliche Antwort zu erhalten, nutzen Sie bitte zukünftig den Link zur kostenlosen BIL Online-Leitungsauskunft: www.bil-leitungsauskunft.de</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In der zur Stellungnahme beigefügten Karte sind keine Leitungen oder Anlagen der terranets bw GmbH erkennbar.</p>
A.12	<p>Autorisierte Stelle Digitalfunk-Baden-Württemberg (ASDBW) (Schreiben vom 09.06.2022)</p>	
	Die Autorisierte Stelle Digitalfunk-Baden-Württemberg (ASDBW) hat Betroffenheit angezeigt.	Die Stellungnahme der Autorisierten Stelle Digitalfunk-Baden-Württemberg (ASDBW) wurde zur Kenntnis genommen.
A.13	<p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (Schreiben vom 07.06.2022)</p>	
A.13.1	Hiermit erhalte ich die bereits abgegebene Stellungnahme vom 20.07.2021 (K-V-540-21-FNP) zu o.g. Beteiligung aufrecht.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.14	<p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (Schreiben vom 20.07.2021)</p>	
A.14.1	<p><i>Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.</i></p> <p><i>Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.</i></p>	<i>Dies wird zur Kenntnis genommen.</i>

B KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

B.1	Landratsamt Sigmaringen – FB Landwirtschaft (gemeinsames Schreiben vom 12.07.2022)
B.2	Landratsamt Sigmaringen – FB Forst (gemeinsames Schreiben vom 12.07.2022)
B.3	Landratsamt Sigmaringen – FB Recht und Ordnung - Straßenverkehrsbehörde (gemeinsames Schreiben vom 12.07.2022)
B.4	Landratsamt Sigmaringen – FB Vermessung und Flurneuordnung (gemeinsames Schreiben vom 12.07.2022)
B.5	Landratsamt Sigmaringen – FB Abfallwirtschaft (gemeinsames Schreiben vom 12.07.2022)
B.6	Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben (Schreiben vom 08.07.2022)
B.7	Netze BW GmbH (Schreiben vom 14.06.2022)
B.8	Amprion GmbH (Schreiben vom 15.06.2022)
B.9	Gemeindeverwaltungsverband Altshausen (Schreiben vom 08.06.2022)
B.10	Regierungspräsidium Stuttgart – Ref. 46.2 Zivile Luftfahrtbehörde
B.11	Handelsverband Baden-Württemberg
B.12	unitymedia GmbH
B.13	Vodafone GmbH
B.14	Landesnatschutzverband BW
B.15	BLS-Breitbandversorgungsgesellschaft im südlichen Landkreis Sigmaringen mbH
B.16	BUND Naturschutzzentrum
B.17	NaBu Landesverband Baden-Württemberg
B.18	NetComBW
B.19	Netze Gesellschaft Südwest GmbH
B.20	Polizeipräsidium Ravensburg
B.21	Zweckverband WV Königsegg
B.22	Gemeinde Hohentengen
B.23	Gemeinde Illmensee
B.24	Gemeinde Königseggwald
B.25	Gemeinde Krauchenwies
B.26	Gemeinde Riedhausen
B.27	Gemeinde Wilhelmsdorf
B.28	Stadt Bad Saulgau

B.29	Stadt Mengen
B.30	Stadt Pfullendorf
B.31	Gemeindeverwaltungsverband Mengen

C PRIVATE STELLUNGNAHMEN AUS DER ÖFFENTLICHKEIT

Private Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit sind nicht eingegangen.